

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 4

Artikel: Der Antrag auf Förderung industriellen Gemeinbesitzes vor dem englischen Parlament
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142544>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wenn Christus seinen Nachfolgern erklärt: «Ihr seid das Salz der Erde», dann heisst dies im Klartext doch wohl nichts anderes, als dass es im echten Christsein nicht nur um geistige Dinge, sondern eben auch um die «Erde», beziehungsweise um die profanen Dinge in unserem täglichen Alltag geht. Das «Salz» soll also auch in den immer komplizierter werdenden Bereichen der Wirtschaft und Politik wirksam und sichtbar werden. Vor allem aber werden Christen dort nicht schweigen dürfen, wo es um die Freiheit des arbeitenden Menschen geht. Es wäre denn auch sehr leicht zu beweisen, dass vor allem auch unsere schweizerischen Reformatoren die Aufgabe der Kirche genau in diesem Sinne verstanden haben. Dabei werden sich die Vertreter der Kirche sicher davor hüten müssen, einfach zum Handlanger irgend einer Interessengruppe missbraucht zu werden. Unserer Meinung nach war dies bei der wohlabgewogenen Stellungnahme zur Mitbestimmung nicht der Fall.

Wenn die Botschaft unserer Kirchen glaubwürdig bleiben soll, dann darf das «Salz» nicht einfach im Salzfass verschlossen bleiben, sondern muss an die ihm zugedachte Wirkungsstelle gelangen. Das bedeutet, dass sich die Botschaft des Evangeliums nicht in ausbruchssichere Gotteshäuser verschliessen lässt. So wie das Salz nur dann eine Wirkung erzielen kann, wenn es in Verbindung mit anderen Stoffen gebracht wird, so wird eben auch der Christ seinem Auftrag nur dann gerecht, wenn er in Verbindung mit der Welt bleibt. Ueberall dort, wo diese Verbindung unterbrochen wird, bekommt vielleicht jener verbittert gewordene Arbeiter im Ruhrgebiet recht, der uns vor einigen Jahren während eines Gespräches erklärte: «Die Christen erkennt man daran, dass sie im Kirchenchor mitsingen, die Kommunisten, dass sie an der Seite der geschundenen Menschen in den Betrieben stehen.»

M. G.

Der Antrag auf Förderung industriellen Gemeinbesitzes vor dem englischen Parlament

Wir verwiesen in der Märznummer der «Neuen Wege» auf obenstehenden Antrag. Mr. Ernest Bader, der Gründer der Scott Bader Commonwealth, eines mittelgrossen Industriebetriebes, der sämtlichen im Betrieb Tätigen gehört, schickte uns kürzlich das stenografische Bulletin der Verhandlung im Englischen Unterhaus, in deren Verlauf der Antrag die zweite Lesung passierte. Nach der Niederlage unserer Arbeitnehmerschaft vom 21. März ist es nicht

uninteressant zu beobachten, wie eine solche Unternehmensform, sicher die höchstentwickelte Form der Mitbestimmung auf Grund des Gemeineigentums an Produktionsmitteln, von der «Mutter der Parlamente» behandelt wird. Der nachstehende Bericht gibt den Inhalt einiger Voten wieder. Red.

Als Einleitung der zweiten Lesung der «Bill» wird die gesetzliche Fixierung des Begriffs «Industrieller Gemeinbesitz», wie sie im Antrag (s. Märzheft «NW», S. 98-99) enthalten war, wiederholt. Die Fixierung ist vorgesehen, um unlauteren Praktiken mit diesem Namen den Riegel zu schieben.

Es würde zu weit führen, die verschiedenen Klauseln des Antrages im einzelnen aufzuzählen. Sie befassen sich zum Beispiel mit einfachen und billigen Prozeduren, die der Umwandlung einer Aktiengesellschaft in ein Gemeinbesitz-Unternehmen dienen. Mehrere Klauseln behandeln die finanziellen Aspekte einer Regierungshilfe für die Gründung weiterer Gemeinbesitz-Betriebe; à fonds perdu Beiträge der Regierung dürfen 30 000 Pfund pro Jahr, und 60 000 Pfund auf 4 Jahre verteilt, nicht überschreiten. Anleihen sind auf 250 000 Pfund pro Jahr und gesamthaft auf 100 000 Pfund zu beschränken. Alle Aufwendungen des Staates sollen einer strikten parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

Es trifft sich gut, dass die Regierung im Lauf der gleichen Woche Massnahmen für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Fabrikationsbetrieben vorschlug, so dass die bescheidenen Finanzierungsvorschläge der Industrial Common Ownership Bill, die dem gleichen Ziele dienen, eine Chance haben, von der Regierung angenommen zu werden.

Der parlamentarische Sponsor (vielleicht mit ‚Pate‘ zu übersetzen) der Gesetzesvorlage, Mr. Watkins, nennt ausser der zunehmenden Beliebtheit von Gemeinbesitz-Unternehmen eine persönliche Erfahrung unter anderen Gründen, die ihn bewogen hat, sich für die Sache einzusetzen. Er erwähnt eine Maschinenfabrik in seinem Wahlkreis in Schottland, die 1972 plötzlich den Betrieb einstellte. Dies geschah ohne Kontaktnahme mit der Arbeiterschaft; selbst die Direktion wurde nicht konsultiert, und 290 Arbeitsplätze verschwanden innerhalb eines Monats. Die Fabrik und der Maschinenpark war grossenteils aus Regierungssubventionen für regionale Wirtschaftsförderung finanziert worden. Der Zorn unter der Arbeiterschaft, den Opfern, und in der lokalen Geschäftswelt war nur zu verständlich. Entschlossen, die Ausplünderung des Betriebes, die Wegnahme der Maschinen zum Beispiel, die aus öffentlichen Geldern bezahlt worden waren, und deren Verkauf zum Vorteil von Drittpersonen zu verhindern, organisierten die Arbeiter eine Betriebswache (picket line) und eine Besetzung der Fabrik. Ihr Unterhausmitglied (M. P. = Member of Parliament), Wat-

kins, besuchte sie dort mehrmals und ermunterte sie in ihrer Abwehr.

Mr. Watkins schilderte den langen Kampf der Belegschaft. 35 Mann von den 290 gründeten schliesslich eine Kollektivfirma, in der jeder Teilnehmer eine Stimme hatte. Sie nahmen den Kampf auf mit all seinen Problemen, der Auftragsuche, der Finanzierung des Maschinenkaufs usw. In einer besonders schweren Zeit mussten 12 der 35 den Betrieb wegen Arbeitsmangel verlassen, was sie im Einverständnis mit ihren Kameraden taten. Doch die übrigen hielten durch und vergrösserten mit der Zeit den Betrieb dank langfristigen Verträgen mit berühmten Firmen der Branche.

Mr. Watkins zog daraus den Schluss, dass Arbeiter, wenn sie sich gezwungen sehen, von sich aus Entscheidungen zu treffen, auch grosse Schwierigkeiten meistern zu können, ohne die Arbeitskonflikte, die man in England seit Generationen kennt. Es stimmt im übrigen nicht, wie Mr. Watkins ausführte, dass Arbeiter Cooperativen nur aus Konfliktsituationen hervorgehen. Es gibt im Unterhaus eine Gruppe von Parlamentariern aller Parteien, die sich für industriellen Gemeinbesitz einsetzen und in engem Kontakt mit ICOM (Industrial Common Ownership Movement) stehen. Eine der ICOM angeschlossenen Firmen, die Scott Bader Commonwealth in Wellingborough wurde 1920 als konventionelle Aktiengesellschaft gegründet und 1951 in eine Gemeinbesitzgesellschaft umgewandelt. 1975 gewann sie den Industriepreis der Königin für die technologischen Leistungen des Betriebes. Die Scott Bader Commonwealth hat sich im Vierteljahrhundert ihrer Existenz über eine grossartige demokratische und fortschrittliche Haltung ausgewiesen. Ihr Umsatz im Jahre 1975 betrug 13,5 Millionen Pfund und der Geschäftsertrag 959 000 Pfund.

An der jährlichen Generalversammlung beschlossen die Mitglieder 851 000 Pfund des Geschäftsgewinnes neu zu investieren. 54 000 wurden als Bonus an die etwa 430 Mitglieder der Commonwealth verteilt, 27 000 wurden wohltätigen Zwecken zugeführt und weitere 27 000 erhielt der ICOM Entwicklungsfonds zur Förderung der Gemeinbesitz-Bewegung.

Dies nur als Beispiel der Geschäftsgebarung. In Ergänzung erwähnte Mr. Watkins auch den Befund einer Gruppe unabhängiger Volkswirtschaftler, die 1974 die Scott Bader Commonwealth einer sehr genauen Analyse unterzogen. In einem Vergleich mit ihren Konkurrenten, unter ihnen die grössten Chemiekonzerne des Landes, und zum Teil multinationalen Charakters, war die Scott Bader Commonwealth, was Löhne und Saläre anbetrifft, punkto Produktivität, die Anwendung von Gesundheits- und Sicherheitsmassnahmen, und nicht zuletzt punkto Kapitalertrag ihren kapitalistischen Konkurrenten überlegen.

Dabei ist die Scott Bader Commonwealth nicht ein vereinzelter Fall. Mr. Watkins erwähnte mehrere andere Firmen, die nach den selben Grundsätzen geführt werden. Auch die John Lewis Partnerschaft, ein grosser Textil-Grosshandelsbetrieb, mit seinen 25 000 Mitgliedern und einem Umsatz von 200 Millionen Pfund per Jahr anerkennt, dass Demokratie als Verantwortung der Leitung im täglichen Geschäftsbetrieb gegenüber den Mitgliedern aller Ränge definiert werden kann. Die Konstitution dieses Geschäftes, die sich den Erfordernissen der Praxis fortwährend anpasst, bietet auch gewisse Hinweise für die Organisation grosser und grösster Betriebe nach Gemeinbesitz — das heisst wirklich demokratischen Grundsätzen.

Die demokratische Kontrolle der Industrie ist für Mr. Watkins so grundlegend wichtig für persönliche Freiheit wie politische Demokratie: Ohne Demokratie in der Industrie und in der Wirtschaft ist Demokratie nur ein abstrakter Begriff. Was für eine Demokratie ist das, fragt Mr. Watkins, die auf ein Machtwort, irgendwo in der Ferne ausgesprochen, 290 Arbeiter ihres Brotkorbes beraubt? «Wir sind heute», so Watkins, «am Ende des britischen Kapitalismus, der diese Zustände hervorgebracht hat.» Er stellt ein System dar, unter welchem das Kapital Arbeitskräfte beschäftigt und Leute dem Geld dienen, statt dass Geld den Leuten dient.

Das M. P. von Woolwich-West, Mr. Bottomley, wünschte zu wissen, ob Möglichkeiten bestehen, dass Gewerkschaften die Interessen von Arbeitern vertreten, fall solche die Gemeinbesitzfirma zu verlassen wünschen. Die Antwort lautet, dass die Gewerkschaften in diesen Gemeinbesitz-Firmen stark vertreten sind, so dass dem Schutz durch die Gewerkschaften nichts im Wege steht.

Wenn das kapitalistische System, wie Mr. Watkins sagt, nicht den Reichtum schafft, den das Land benötigt, so ist Verstaatlichung anderseits auch nicht erfolgreicher als Kapitalismus. Es ist in Tat und Wahrheit Staatskapitalismus, wie es sich zum Beispiel in den Konflikten der Jahre 1973-74 in der Bergbauindustrie zeigte, als der verstaatlichte Kohlenbergbau genau wie ein kapitalistisches Monopol manipuliert wurde. Das gleiche gilt für die nationalisierten Eisenbahnen oder für die verstaatlichte Stahlindustrie. Arbeiter in diesen nationalisierten Industrien haben nie das Gefühl, dass sie für das Gemeinwohl arbeiten, sie könnten gerade so gut bei multinationalen Korportationen angestellt sein, was ihr Interesse an ihrer Arbeit anbelangt.

Mr. Rob. Edwards, ebenfalls ein Betreuer der Gemeinbesitz-Industrie Vorlage und Mitglied des Aufsichtsrates der Scott Bader Commonwealth, stellt fest, dass von den 600 000 Firmen in Grossbritannien ein blosses Hundert die Hälfte der nationalen Produktion, und fast 50 Prozent des britischen Exports erzeugen. Das Problem

heute ist, «dass wir in einem Zwei-Etagen-System existieren. Es gibt bei uns Industrien, die im Rückgang (declining) begriffen, aber sozial unentbehrlich sind. Sie sind arbeitsintensiv und müssen von den Steuerzahlern massiv gestützt werden. Am andern Ende finden wir die enorme Ballung von Wachstum und Macht der multinationalen Konzerne, die mit ihrer technischen Grundlage in der Lage sind, riesige Kapitalreserven anzuhäufen.»

Zwischen beiden Polen finden sich die kleinen Firmen, die als Lebensblut einer auf Demokratie beruhenden Wirtschafts bezeichnet werden können. Diese kleinen Firmen, viele von ihnen mit bedeutendem know-how, von Familien durch Generationen entwickelt und gepflegt, sind in einer schwierigen Lage. Viele von ihnen werden verschwinden, einfach weil es ihnen an flüssigen Mitteln fehlt. In vielen Fällen handelt es sich nur um einige hunderttausend Pfund.

Es ist nach Mr. Edwards unsinnig und kommt für Grossbritannien einem Selbstmord gleich, wenn es dazu kommt, dass diese Firmen von Multinationalen übernommen, ihrer Aktiven und des know-how beraubt und liquidiert werden, «während wir doch helfen können, ihr knowhow weiter zu entwickeln, Arbeitsplätze zu schaffen und damit zum Wohl unserer Gesellschaft beizutragen. Die vorliegende Bill bietet diese Möglichkeiten, sie ist bescheiden, aber lebenswichtig».

Was die Kapitalbedürfnisse der Produktion betrifft, so machen Aktien heute nur etwa 6 Prozent des Betriebskapitals unserer Industrien aus. Die Produktion wird aus unverteilter Gewinnen und Bankkrediten finanziert. Daher die Bedeutung einer auf demokratischer Basis beruhenden Industrie.

Mr. Edwards hat die Anfänge des Scott Bader Projektes mit gemacht. «Ich war damals Generalsekretär der Chemiearbeiter-Gewerkschaft. Wir bestanden nicht darauf, dass nur Gewerkschaftsmitglieder in der Commonwealth arbeiten dürfen, weil Ernst Bader, der Eigentümer und ein Heiliger von einem Menschen, einem christlichen Sozialismus sich verpflichtet fühlt. Einer meiner Mit-Trustees war Dr. E. F. Schumacher, der das Buch schrieb, ‚Small is beautiful‘ (klein ist schön), ein Wort, das heute sehr oft zu hören ist. Es bezieht sich auf die Struktur der Industrien und weist darauf hin dass kleine und grosse Betriebe nötig sind.»

Einer der grossen Fehler der britischen Labour Bewegung ist, dass sie fortwährend die richtige Politik und Verwaltung für das Sozialeigentum diskutierte, aber kaum je auf dessen Struktur zu sprechen kam. Diese Bedeutung der Struktur des Sozialeigentums wird nun allseits anerkannt und in der vorliegenden bescheidenen Bill sprechen wir davon, weil unsere verstaatlichten Industrien so stark zentralisiert (bürokratisiert?) sind, «dass man nie weiss, wer wem verantwortlich ist.

Wenn wir nicht etwas tun in der Sache, geraten sie in das Kartell-System der Multinationalen».

Meine Kollegen und ich waren zum Beispiel sehr bedrückt, dass die britische Stahlkorporation 3 Millionen Pfund von unserem Steuer-geld in einem südafrikanischen Chrom-Schmelzwerk investieren konnte — oder dass die nationale Administration der Kohlenbergwerke sich dazu hergab, mittels eines preisfixierenden Kartells höhere Düngerpreise zu erzwingen, eine Praxis die bei den Multinationalen üblich ist. Mr. Edwards erwähnt schliesslich ein Inserat Ernst Baders in der «Times», in welchem er Ziele und Methoden der Scott Bader Commonwealth auseinandersetzt und die Geschäftswelt einlädt, angesichts der immer schwerer zu lösenden Krisen des Kapitalismus, die schliesslich zum Zerfall jeder sittlichen Ordnung führen müssen, die Konversion ihrer konventionellen Geschäftsbetriebe in eine Form des Gemeinbesitzes ins Auge zu fassen.

Die über hundert Antworten auf das Inserat, aus den führenden Rängen der Geschäftswelt, lassen erkennen, wie Mr. Edwards abschliessend betont, dass der Wille zu solcher Umstellung besteht und dass durch die Annahme der Vorlage die Konversion zum Gemeinbesitz wesentlich erleichtert würde. Mr. Edwards hofft darum, dass die Vorlage für industriellen Gemeinbesitz schliesslich Aufnahme im Statute Book (Gesetzessammlung) finden werde.

Weitere Argumente dafür und dagegen

Bevor die Vorlage jenes Ziel erreicht, muss sie in zweiter Lesung diskutiert und angenommen werden, worauf sie an einen permanenten Ausschuss (standing committee) überwiesen wird, der noch einmal prüft, ob sie irgendwelche widersprechenden Bestimmungen mit anderen Gesetzen enthält. Wenn die Vorlage dieses Stadium durchgemacht hat, wird sie von der Königin unterschrieben (Royal assent), und hat dann Gesetzeskraft.

Die zweite Lesung, in der sich die Vorlage hier befindet bietet Raum für eine Menge weiterer Argumente für und gegen Annahme, von denen hier noch eine Anzahl erwähnt werden sollen. So findet ein Gewerkschafter, der der Konservativen Partei angehört, dass auch Gemeinbesitzfirmen unter Umständen Arbeiter entlassen müssen, aber dass diese Massnahme für sie schwieriger sein wird. Auch das Risiko, Geld zu verlieren, findet er, sei nicht weniger gross in dieser Art Betrieb als in konventionellen Firmen des freien Unternehmertums.

Ein weibliches Mitglied des Unterhauses, der Labour-Partei angehörend, stellt fest, die Gemeinbesitzfirmen seien vorbildlich in der

Offenheit ihrer Geschäftsgebarung. Alles, Saläre inbegriffen, muss allen Mitgliedern bekannt gegeben werden. Es wäre wünschenswert, dass auch die Saläre der offiziellen Ratgeber der Regierung nicht geheim gehalten würden.

Ein Einwand geht dahin, die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit seien sehr zurückhaltend in ihrer Begeisterung für Gemeinbesitz. Sie sollten das Problem gründlich studieren und vielleicht mehr Mittel einsetzen, um ihre Leute darüber aufzuklären.

Die Klauseln 4 und 5 der Vorlage, die den Umfang eventueller bescheidenen Regierungsunterstützung regeln, finden Zustimmung, sie werden verglichen mit den reichlichen Zuwendungen an die Privatindustrie, die sozusagen ohne Rechenschaftsablage erfolgen.

Ein Parlamentarier bedauert einzig, dass die Vorlage von Unterhausmitgliedern (private Members Bill) eingebracht wurde anstatt von der Regierung, wie es sich gehört hätte und was ihre Chancen verbessert hätte.

Die ganze Debatte bewies, dass Cooperation gegenwärtig in England gross geschrieben wird. Es wird von verschiedenen Seiten immer wieder ein offizielles Regierungs-Sekretariat speziell zur Rationalisierung und Modernisierung bestehender Konsum und Produktions Cooperativen verlangt. Auch das Labourparty-Programm für die Wahlen von 1975 nahm das Postulat auf. Aber ein viel aktiverer Einsatz der Labour Party wäre nötig für diese verschiedene Form von Sozialismus, also industriellen Gemeinbesitz und nicht allein für Verstaatlichung.

Der Vizeminister für Industrie, Mr. Carmichael, gibt bekannt, dass die Regierung grosse Sympathie für die Prinzipien der Vorlage hegt. In einer Ergänzung zu einem Votum über industrielle Projekte in unterentwickelten Ländern teilt er mit, dass Studenten aus jenen Gegenden immer betonen, China sei das einzige Land für Hilfe, wie sie sie wünschen. «Sie bauen ihnen nicht riesige moderne Fabriken, die die Zahl der Arbeitsplätze von 1000 auf 150 reduzieren.»

Leider muss der Regierungsvertreter auch bekannt geben, dass die Regierung, angesichts des umfangreichen gesetzgeberischen Programms der Session wahrscheinlich nicht Zeit werde reservieren können für die dritte Lesung der Vorlage (Committee Stage).

Er wird aber von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, dass anwesende M.P.s, die für die Vorlage einstehen, alles in ihrer Macht tun werden, um die Regierung zu veranlassen, die nötige Zeit zu reservieren.

Nachdem auch der Sprecher der Opposition (Konservative Partei) unter Vorbehalt einiger Aenderungen grünes Licht für die Passage der Vorlage gegeben hat, wird sie an das Standing Committee überwiesen.

Red.